



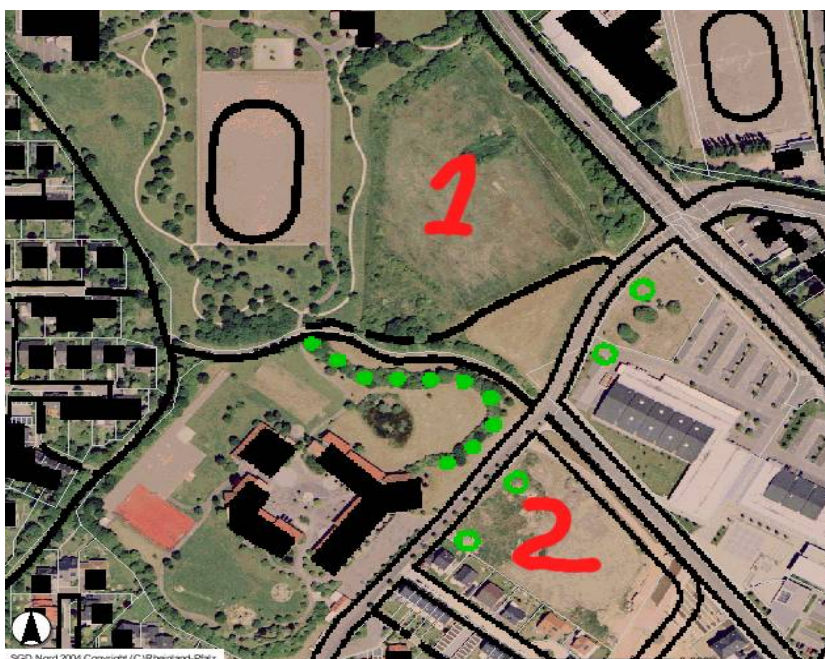
*c/o Manfred Weishaar  
Im Hainbruch 3  
54317 Gusterath, 07.06.2007*

An die  
Struktur- und Genehmigungsdirektion Nord  
Obere Landespflege  
z. Hd. Herrn Robert Stüber

**Artenschutzrecht: Gefährdung einer Kreuzkrötenpopulation in Trier bei der bevorstehenden Verwirklichung von Bebauungsplänen  
nachrichtlich: Stadtverwaltung Trier**

Sehr geehrter Herr Stüber!

Auf der Tarforster Flur existierte vor der baulichen Erschließung eine stattliche Kreuzkrötenpopulation. Durch die ständige Ausdehnung von Siedlungsflächen wurden ihre Lebensräume permanent reduziert. Zum jetzigen Zeitpunkt kommt gerade noch eine Restpopulation von geschätzten 100 Tieren auf 2 noch unbebauten Flächen vor. Ihre Lage haben wir im nachstehenden Luftbild mit 1 und 2 gekennzeichnet.



Im Frühjahr versammeln sich die Kreuzkröten an den sich dort bildenden Wasserstellen, um abzulaichen. Zur Zeit haben sich jedoch die meisten Individuen im direkten Umfeld vergraben. Einen Eindruck vom derzeitigen Zustand der Fläche 2 vermittelt das nachstehende Bild.



Das typisch ausgeprägte Grabeloch eines Exemplars im umgebenden Erdwall zeigt das nachfolgende Bild:



Wie das nachstehende Bild zeigt, ist die Situation auf der Fläche 1, die gleichzeitig den Schutzstatus des §28 LnatSchG erfüllt, vergleichbar.



Wie wir jetzt aus der Pressenotiz in der Rathauszeitung aus der 22. Woche 2007 erfahren mussten, sind nun diese beiden Flächen zur Bebauung vorgesehen. Ihre Verwirklichung soll unmittelbar nach der Sommerpause erfolgen. Bei der Realisierung würde zwangsläufig ein Großteil der eingegrabenen Restpopulation der Kreuzkröten getötet und ihre Lebensräume vernichtet werden. Der Fortbestand des Vorkommens wäre damit in Frage gestellt.

Vom Schutzstatus her (BNatSchG) sind Kreuzkröten streng geschützt. Sie sind im Anhang IV der FFH-Richtlinie verzeichnet. Nach § 42 BNatSchG in Verbindung mit Art. 12 der FFH-RL ist es verboten:

- a) alle absichtlichen Formen des Fangens oder der Tötung von aus der Natur entnommenen Exemplaren dieser Arten;
- b) jede absichtliche Störung dieser Arten, insbesondere während der Fortpflanzungs-, Aufzucht-, Überwinterungs- und Wanderungszeiten;
- c) jede absichtliche Zerstörung oder Entnahme von Eiern aus der Natur;
- d) jede Beschädigung oder Vernichtung der Fortpflanzungs- oder Ruhestätten.

Die Vorgaben des Art. 12 FFH-RL fanden ihren Niederschlag insbesondere in den strafbewehrten §§ 42 und 43 BNatSchG. Die Ausnahmen des § 43 (4) können nicht in Anspruch genommen werden, zum Einen, weil nach dem Urteil des EUGH vom 10.01.2006 gegen die Bundesrepublik Deutschland (C-98/03) die pauschalen Ausnahmen nicht mehr anwendbar sind und zum Anderen, weil Bauleitpläne und insbesondere Baugenehmigungen ohnehin direkt dem Artenschutz des Abschnitt 5 BNatSchG unterfallen. Die beabsichtigte Überplanung /

Überbauung der Lebensstätten der Kreuzkröten stellt einen Verstoß gegen § 42 Abs. 1 Satz 1, 2 und 3 dar. Ebenso sind Art. 12, lit. a, b und d verletzt.

Bislang ist jegliche ernsthafte Vorsorge, dass die Tiere nicht verletzt werden, dass ihre Fortpflanzungs- und Ruhestätten nicht zerstört und sie während ihrer Fortpflanzungs-, Aufzucht-, Überwinterungs- und Wanderzeiten nicht gestört werden, unterblieben.

Nach unserer Information besteht für die Fläche 2 zum Bau eines Schulgebäudes formales Baurecht. Ob für die Fläche 1 zur Anlage eines Sportplatzes ein rechtsgültiger Bebauungsplan existiert, ist uns unklar. In beiden Fällen ist die artenschutzrechtliche Vorsorge mit entsprechender Befreiung aber nicht im Planverfahren bzw. im Rahmen der Baugenehmigung erfolgt.

Zur Realisierung der beiden Vorhaben ist eine Ausnahmegenehmigung von den Verboten des Artikels 12 gemäß dem Artikel 16 FFH-RL unbedingte Voraussetzung. Eine Ausnahmegenehmigung ist jedoch zwingend an die beiden folgenden Voraussetzungen gebunden:

- der Nachweis der Alternativlosigkeit und
- der Nachweis, dass die Population der Kreuzkröten trotz der Ausnahmeregelung in einem günstigen Erhaltungszustand verbleiben.

Beide Voraussetzungen liegen nach unserer Auffassung nicht vor. Wir erwarten daher, dass Sie die notwendige Ausnahmegenehmigung solange nicht erteilen, bis die formalrechtlichen und fachinhaltlichen Voraussetzungen gegeben sind. Zur Mithilfe bei der Erarbeitung von Lösungen sind wir gerne bereit.

Mit freundlichem Gruß!

Manfred Weishaar